

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur:
Karl W. Schmidt
Verlag: R. W. Schmidt
Riesa Nr. 11

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gersdorf, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1334
Kreuzstraße
Riesa Nr. 52

Nr. 219.

Donnerstag, 19. September 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Quartals von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Dauer des Quartals sind bis 8 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Zeilenschrift (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeilenschrift 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Felde Tarife, Veranlagung des Abnehmers, wenn der Vertrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung: Unterhaltungsbeilage „Sonderausgabe des Abends“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerinrichtungen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Vorzahlung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. Schmidt, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Winterlich, Riesa.

Student und Völkerbund.

Der Völkerbund ist eine noch junge Einrichtung. Es ist ein Versuch, wenn man so will, das erste internationale Generationen diesen Anfang einer internationalen Völkerorganisation allen ihren Zwecken entsprechend auszubauen können. Um so wichtiger, daß die heranwachsende Generation sich beteiligen um die Probleme des Völkerbundes und vor allem um das Problem seines Ausbaus bestrebt. Es liegt im Interesse der ganzen Menschheit, wenn keine Generation für diese dringende und umfassende Arbeit ausfällt. Man kann es schließlich der erwachsenen Generation, die den Weltkrieg erlebt und die Begründung des Völkerbundes aus seinem traurigen Zusammenhang mit dem Versailler Frieden auch in Gedanken nur schwer zu lösen vermag, schließlich am wenigsten verdanken, wenn sie nur abgerund und mißtrauisch an die Völkerbundarbeit herangeht. Die Tradition der Vorkriegsdiplomatie mit ihrem internationalen politischen Ränkefeld ist noch in vielen Köpfen lebendig, leider auch an sehr maßgeblichen Stellen, lebendig. Nun sollte man doch wenigstens von der jungen aufstrebenden Generation eine vorurteillose Einstellung und den besten Willen zur Schaffung einer neuen Ära für die internationale Politik erwarten. Studentische Jugend: wer denkt da nicht logisch an akademische Freiheit, an geistige Beweglichkeit, die sich von keinen schwerfälligen Traditionen belasten läßt! Wer denkt nicht bei ihr an die künftigen Führer der Nationen, an frische, intelligenten Köpfe, in denen sich die Welt klarer spiegelt als in den Seelen derjenigen, die unter den erschütternden Erlebnissen des letzten Jahrzehnts sowohl Hoffnung und Glauben an die Menschheit, man möchte sagen, naturgemäß, verloren haben. So hat man vor einigen Jahren die Gründung der internationalen Studentenvereinigung für Völkerbundarbeit mit Freuden begrüßt. Auch die deutsche Studentenschaft trat mit gutem Willen in diesen Arbeitskreis ein. Es galt zunächst, die Aufgaben und Methoden des Völkerbundes selbst zu studieren und dann zu ihnen in wissenschaftlich vorurteilloser Weise Stellung zu nehmen. Die Aufgabe konnte den Völkerbund selbst desto mehr interessieren, als er sich ja auch schon sachgemäß mit den Fragen der internationalen geistigen Zusammenarbeit und somit auch des Studentenaustausches, der Anerkennung wissenschaftlicher Grade und ähnlichen Problemen zu befassen hat. Eine höchst fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Völkerbund und Studentenschaft wäre durchaus möglich gewesen, und es hätte frisches geistiges Leben von der akademischen Jugend in den internationalen Diplomatensal mit seiner manchmal etwas grauhaarigen Weisheit einströmen können.

Wer aber in dieser Angelegenheit versagt, das ist diesmal leider nicht das Alter, sondern die Jugend; nicht der Völkerbund, sondern die Studentenschaft. Nicht der Zukunft, sondern der Vergangenheit wendet diese wertwürdige akademische Jugend ihre Blicke und Hoffnungen zu. Die verschiedenen Delegationen scheinen förmlich eine besondere Ehre darin zu suchen, alte geriffelte Diplomaten der Vorkriegszeit nach an Ränken und Ruchlosigkeit zu überbieten. Die internationale Studentenvereinigung für Völkerbundarbeit ist heute längst nicht mehr, was sie zur Zeit ihrer Gründung war und nach dem Willen ihrer Begründer werden sollte. Da ist die italienische Delegation, die ganz im Geiste Mussolinis erklärt, daß es in Südtirol überhaupt keine Deutschen gäbe und daß man sich um das Minderheitenproblem überhaupt nicht zu kümmern brauche. Da ist die Delegation aus Jugoslawien, die ihre Pässe von der Diktatur nur deshalb erhielt, weil sie sich zur unbedingten Vertreterin der Regierungspolitik zu machen bereit war. Da ist die ungarische Delegation, in der sogar ein Beamter des ungarischen Unterrichtsministeriums sitzt. Man steht deutlich den Zusammenstoß aus denjenigen Ländern, wo man die Demokratie abgeschafft hat, können auch keine aufrichtigen Mitarbeiter für das Völkerbundproblem entsandt werden. Es wird immer bei der elementaren Weisheit bleiben, die schon Immanuel Kant richtig erfaßte, lange bevor es überhaupt einen Völkerbund gab: nur republikanische Staaten oder, wie wir heute sagen würden, parlamentarisch regierte Staaten atmen den Geist, der zu einer aufrichtigen internationalen Zusammenarbeit befähigt. Wer in seinem eigenen Lande Unterdrückungspolitik treibt, kann logischerweise nicht Gerechtigkeit gegenüber anderen Völkern üben. Die deutsche Delegation hat sich infolgedessen einmütig, ohne Rücksichtnahme auf den verschiedenen Parteistandpunkt ihrer Mitglieder zum Austritt aus der internationalen Studentenvereinigung für Völkerbundarbeit entschlossen. Sie konnte es wirklich nicht verantworten, sich neben die falschen der anderen Länder an den Verhandlungen zu setzen, die dem deutschen Standpunkt nicht das geringste Verständnis, ja nicht einmal den Willen zu irgendeiner Verständigung entgegenbrachten. Die Welt selbst wird nach der Haager Konferenz und nach der Rheinlandräumung allmählich verunstaltet, die Unvernunft scheint sich ausgerechnet in den Reihen der akademischen Jugend noch einen letzten Zufluchtsort schaffen zu wollen.

Einkaufung des Reichstags zum 30. Sept.

Das Reichskabinett beschloß, den Reichstag in seiner morgigen Sitzung zu ersuchen, die Einkaufung des Reichstages zum 30. d. M. zur Verhinderung des Gesetzes über die Reform der Arbeitslosenversicherung zu beschließen.

Räumung in zwei Etappen.

Die Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete hat von dem französischen Kommando in Mainz nähere Angaben über die Durchführung der Räumung des besetzten Gebietes erhalten. Danach wird die Räumung der zweiten Besatzungszone in der Zeit vom 16. September bis 30. November 1929 in zwei Abschnitten durchgeführt. In dem Zeitraum vom 16. September bis 15. Oktober wird zunächst das Material der Armee (Bionier-, Lazarett- und Büromaterial, Munition, Automobile und dergleichen) und dann das Material der Regimenter (Bekleidung, Ausrüstung, Wagenmaterial, Telephonmaterial, Bibliotheken, Rasier- und Küchenmaterial und dergleichen) sowie die Befestigung abtransportiert. Als Begleitmannschaften werden diesen Materialtransporten kleinere Abteilungen der in Koblenz liegenden Infanterie-Regimenter 23 und 151 beigegeben. Vom 16. Oktober bis 30. November werden die Truppenteile selbst abtransportiert. Der Abtransport im einzelnen ist noch genau festzusetzen; fest steht nur, daß das 23. und 151. Infanterie-Regiment in ihren Hauptteilen zu der Zeit vom 15. bis 19. Oktober Koblenz verlassen werden. Sichtlich der Räumungstermine für die dritte Zone sind vom französischen Kriegsministerium noch keine Befehle ergangen worden. Die Befehle sind erst nach der Ratifizierung des Young-Planes zu erwarten.

Die Räumung Wiesbadens.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Wiesbaden: Die Räumung durch die englischen Truppen vollzieht sich nach Erkundigungen an amtlicher Stelle genau und reibungslos nach dem für diesen Abmarsch vorgesehenen, einen Zeitraum von 89 Tagen umfassenden Plan. Für die Abwicklung der Uebergebensache sind 2 Kommissionen gebildet worden, zu denen auch deutsche Beamte ausbezogen werden. Eine Veranlagung von Schäden an Wohnungen usw. erfolgt bekanntlich nach den Haager Vereinbarungen nur da, wo eine mutwillige Beschädigung vorliegt. Dadurch werden die allgemeinen Abwicklungsgeschäfte erleichtert und beschleunigt. Von den etwa 600 Quartieren, die die Engländer in Wiesbaden selbst besitzen, werden zunächst nur die privaten Villen und Wohnungen freigegeben. Die reichseigenen Gebäude bleiben aber von der Besatzungsbehörde weiter beschlagnahmt, bis die Rheinlandkommission und der französische Ortsdienst die notwendigen Quartiere ausgewählt haben werden. Möbel aus englischen Wohnungen und Kellern werden nicht, wie es anfanglich die, dem freibehaltigen Verkauf zugeführt, sie werden vielmehr zur Ausstattung von Büros den Behörden zur Verfügung gestellt, auch Wohltätigkeitsanstalten zum Teil überwiesen und an besonders bedürftige Private billig abgegeben. Die Verteilung der Möbel erfolgt, um die ortsanhörigen Geschäftsleute nicht zu schädigen, über das ganze Reich. Ueber die Verwendung der freierwerbenden Kellern sind noch keine Bestimmungen getroffen. In Schwalbach will man eine Fortschule unterbringen. Ein Teil der Wiesbadener Kellern soll mit Schutzmannschaft belegt werden.

Sächsische Landeswohlfahrtstagung.

Ueber 500 Frauen und Männer, deren Lebensberuf es ist, die soziale Not in allen Volksschichten zu lindern, hatten sich auf Einladung des Landeswohlfahrts- und Jugendamtes am Mittwoch zur Sächsischen Landeswohlfahrtstagung in Meißen eingefunden. Arbeits- und Wohlfahrtsminister Glöner, in dessen Begleitung sich Ministerialdirektor Dr. Mittel und die Ministerialräte Dr. Mater, Dr. Edelmann und Dersch befanden, begrüßte persönlich die große Schaar seiner in praktischer Tätigkeit die Gesetze fürfordernd zur Geltung bringenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Namens der Stadt Meißen ließ Stadtrat Fried die Gäste willkommen.

In seiner Begrüßungsansprache betonte Minister Glöner, die Sächsische Wohlfahrtstagung gelte diesmal dem Gemeinwohl, den Allerleuten auf der Stufe der Hilfsbedürftigen, den „Parasit“ der Gesellschaft. Mit banger Sorge sah die Wohlfahrtsverwaltung diesem Winter entgegen. Der Minister erörterte als besonders schwere Belastung der Wohlfahrtsämter die Fürsorge für die anwachsende Zahl der dauernd Erwerbslosen, die dem Arbeiter entzogen seien und die Willenskräfte verloren hätten, sich durch Arbeit wirtschaftlich selbständig zu erhalten. Die sog. verwaisteten Familien seien eine schwere Sorge für die Wohlfahrtspflege. Aber gerade die Gemeinwohlbedürftigen seien vielfach Menschen, bei deren Schicksal es gelte, ein Stück eigenen gesellschaftlicher Schuld zu entschärfen. Der Minister wünschte der Tagung vollen Erfolg in der Hoffnung, daß die sächsische Wohlfahrtspflege, die in ganz Deutschland einen guten Namen habe, auch hier bahnbrechende Arbeit für die sächsische und allgemein für die deutsche Wohlfahrtspflege leisten werde.

Den ersten Vortrag hielt der Fürsorgeberater im Reichsministerium des Innern, Ministerialrat Ruppert, der die Behandlung der Ausländer in der Wohlfahrtspflege nach geltendem und werdendem Recht erörterte. Deutschland habe von jeher eine humanitäre Stellung den Ausländern gegenüber eingenommen. Auch unsere seit 1924 einsetzende moderne Wohlfahrtsgesetzgebung gewähre trotz der steigenden Not der eigenen Volksgenossen den Hilfsbedürftigen Ausländern in Deutschland auf dem Gebiete der allgemeinen Fürsorge im wesentlichen die gleichen Leistungen wie den deutschen Staatsangehörigen. Das internationale Fürsorgegesetz sei jedoch noch im Werden. Es werde Sache des Völkerbundes sein, hier seiner Verpflichtung, auf Gerechtigkeit gegründete internationale Beziehungen zu fördern, gerecht zu werden.

Neue polnische Einfuhrzölle.

In der gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten abgehaltenen Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Ministerrates wurde der Bescheid gefaßt, für eine Reihe von landwirtschaftlichen Produkten Einfuhrzölle in Kraft treten zu lassen. Es wurde unter anderem beschlossen, auf Weizen und Hafer einen Einfuhrzoll von je 11 Cto, für Weizen, Gerste, Bohnen und Erbsen solchen von je 8 Cto für 100 Kilogramm zu legen. Gleichzeitig wurde der Finanzminister ermächtigt, im Falle der Notwendigkeit die zollfreie Einfuhr einer gewissen Menge der hier genannten landwirtschaftlichen Produkte zu gestatten. Endlich wurde unter anderem auch beschlossen, einen Einfuhrzoll von 8 Cto für 100 Kilogramm auf Hirse und einen von

16,50 Cto für 100 Kilogramm auf Wehl zu legen, das im Zolltarif nicht unter besonderen Positionen erscheint.

Nach einer Sitzung des Landeswohlfahrts- und Jugendamtes wurde am Nachmittag die öffentliche Tagung fortgesetzt mit einem zweiten Vortrag des Ministerialrates Ruppert über die Behandlung der Gemeinwohlbedürftigen im geltenden und zukünftigen Recht. Die Ausführungen des Redners galten im wesentlichen den Voraussetzungen und der bisherigen Entwicklung des in Aussicht genommenen Reichsbewahrungsgesetzes. Das Gesetz solle ausschließlich den Charakter der Fürsorge tragen. Aber es sei unbedingt nötig, daß eine Beschränkung der persönlichen Freiheit des Erwachsenen nur vom Gesetz erlaubt werden dürfe, wenn es keinen anderen vernünftigen Ausweg gebe. Wenn die Unterbringung der Verwaisteten in eine geeignete Familie ausreiche, werde von Anhaltspflege abgesehen und Familienpflege zu wählen sein. Am schwierigsten erscheine die Kostenfrage. Eine Beschränkung des Bewahrungsgesetzes auf die nach der Praxis unbedingt bewahrungsbedürftigen Personen scheine die beste Gewähr für die Möglichkeit einer Lösung der Kostenfrage zu bieten.

Stadtmittelrat Dr. Fischer-Teson, Frankfurt a. M., sprach sodann über die Gemeinwohlbedürftigen vom ärztlichen Standpunkt aus. Seuchen würden vorzugsweise durch Miasme verbreitet. Eine gesundheitliche Ueberwachung mit dem Ziele der Behandlung sei daher nötig. Sie könne gelingen durch Regelung des ärztlichen Dienstes in den geschlossenen Anstalten, ferner durch Unterweisung der sich in den Landesfürsorgeeinrichtungen meldenden Personen. Zur besseren ärztlichen, besonders auch psychiatrischen Erfassung und Versorgung der gemeinwohlbedürftigen Elemente, empfehle sich in den großen Städten die Ausgestaltung der Pflegeämter zu Fürsorgeanstalten für Gefährdete beiderlei Geschlechts, für Wandlerer, Trinker, Pischopaten und entlassene Gefangene.

In der Staatlichen Porzellanmanufaktur war zu Ehren der Landeswohlfahrtstagung der gesamte Betrieb zur Besichtigung geöffnet. Am Abend fand ein vom Rat der Stadt Meißen veranstalteter Begrüßungsabend statt.

Aus Anlaß der Tagung veranstaltete der Rat der Stadt Meißen im Zusammenwirken mit dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft und der Landesbauhütte gegen den Alkoholisismus eine Ausstellung, die am Dienstag von Stadtrat Fried eröffnet wurde.

Der Tagungsort des Organisationsausschusses für die internationale Zahlungsbank.

Paris. (Privatmeldung.) In der Frage des Tagungsortes des Organisationsausschusses für die internationale Zahlungsbank schreibt der „Petit Parisien“, da Brüssel hierfür nicht mehr in Frage komme, dürfte der Vorschlag Dr. Schachts, Wiesbaden zu wählen, bei den übrigen interessierten Mächten Zustimmung finden. Die Eröffnungstagung werde wahrscheinlich am 3. Oktober stattfinden, worauf die eigentlichen Arbeiten am 7. Oktober in Angriff genommen werden würden.